

Vortragsmanuskript

„Über das Spannungsfeld Zuwanderung und Umwelt“

PD Dr. Susan Thieme, Geographie, Universität Zürich

Vortrag gehalten an der Jahrestagung der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen (EKM). Demographische Entwicklungen im Fokus: Die Bedeutung der Migration in den Bereichen Raumplanung, Infrastruktur und Umwelt. 22.10.2013, Bern.

Gliederung:

I, Konzeptionelle Einbettung „Tragfähigkeit der Erde“

II, Welchen Einfluss hat Migration auf Zuwanderung (Bsp. Schweiz)

III, Welchen Einfluss haben Umweltveränderungen auf Migration (Bsp. Schweiz)

1 Teil „Einfluss Migration auf Umwelt“

In der Debatte um Umwelt und Migration wird immer wieder das Argument der ökologischen Tragfähigkeit gebracht. Die Grundidee ist, dass es eine maximale Bevölkerungsgrösse gibt, von der die Erde gestützt bzw. getragen werden kann. Der Ursprung dieser These liegt bei Thomas Robert Malthus und seiner Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz (Essay on the Principle of Population, 1798). Seine Argumentation ist: Während sich die Bevölkerung geometrisch vermehrt, wächst das Nahrungsmittelangebot nur arithmetisch. Auf Dauer öffnet sich eine Schere zwischen Nahrungsmittelbedarf und Nahrungsmittelangebot. Folglich droht laut Malthus eine Bevölkerungsfalle und die Tragfähigkeit der Erde ist überschritten (-> Neomalthusianismus -> Bevölkerung - Umwelt).

Eines der bekanntesten Gegenargumente lieferte die Ökonomin Esther Boserup (The Conditions of Agricultural Growth: The Economics of Agrarian Change under Population Pressure, 1965). Sie sagt, dass Bevölkerungsentwicklung und -wachstum auch den technischen Fortschritt vorantreibt und somit eine Versorgung der Bevölkerung sichergestellt werden kann. Sie verweist auf den technischen Fortschritt welche zukünftig auch die Produktion an Lebensmitteln exponentiell wachsen lassen könne.

Beide Sichtweisen unterstützen jedoch eine sehr mechanistische Betrachtungsweise, indem entweder durch Eindämmung der Bevölkerungszahl oder durch technischen Fortschritt Wachstumsprobleme gelöst werden möchten. Wichtiger erscheint mir jedoch, sich bei der Diskussion des Themas mehr Gedanken über Ressourcenverbrauch, Lebensstile und Konsumverhalten zu machen und den Blick dafür zu schärfen, dass auch nicht alle Menschen gleich mit Ressourcen ausgestattet sind (nicht nur natürlichen Ressourcen, auch z.B. soziale und finanzielle Ressourcen im Sinne von Kapitalien, vgl. Bourdieu 1983) und diese je nach gesellschaftlichem Kontext auch sehr unterschiedlich genutzt werden können. Diese Perspektive erkennt sowohl die individuelle Ausstattung mit Ressourcen als auch die Einbettung von Individuen in Familien/soziale Kontexte und Gesellschaft und deren Wechselwirkungen an. Diese Perspektive gibt einem die Möglichkeit über Fragen sozialer, politischer und wirtschaftlicher Teilhabe und Gerechtigkeit nachzudenken und beinhaltet auch die Forderung an die Gesellschaft, aktiv zur Entwicklung eines besseren Lebens aller Mitglieder der Gesellschaft beizutragen – sowohl innerhalb nationaler Grenzen als auch darüber hinaus (-> Lebensunterhaltsansätze, capability approach A. Sen).

2 Zuwanderung -> Umwelt (Bsp. Schweiz)

Die Sicherstellung „natürlicher Lebensgrundlagen“ in der Schweiz und global in Frage zu stellen, ist ein berechtigtes Anliegen. Das Bevölkerungswachstum spielt dabei eine Rolle – jedoch nicht die einzige, insofern kann man diese Fragen nicht durch die numerische Begrenzung der Zuwanderung festmachen. Zudem ist das Bevölkerungswachstum wie bereits gehört nicht nur in der Zuwanderung zu suchen (z.B. auch hohe Lebenserwartung der ansässigen Bevölkerung). Um also über das Spannungsfeld „Umwelt und Zuwanderung“ sprechen zu können, muss man auch über Fragen sozialer, politischer und wirtschaftlicher Inklusion, Teilhabe und Gerechtigkeit nachdenken. Folgende Punkte erscheinen mir relevant für alle in der Schweiz lebenden Personen (siehe z.B. auch Caritas 2013, SE 2013, Steiner et al. 2013):

2.1 In Ressourceneffizienz investieren ...

durch Förderung erneuerbarer Energien, Reduktion fossiler Energieträger und Investition in Energieeffizienz. Investitionen sind dabei unterschiedlich gelagert und Ressourcennutzung ist unterschiedlich verteilt. Z.B. wird bei preiswertem Wohnraum von Hausbesitzern kaum in Energieeffizienz und Isolation investiert. Billige Konsum- und Haushaltsgüter belasten in ihrer Herstellung auch häufig die Umwelt besonders. Oder z.B. 1 % der Bevölkerung spielt Golf auf ca. 100 Plätzen an bester Lage – dies entspricht Kulturland in der Grösse des Thunersees) (siehe auch Caritas, 2013).

2.2 Raumplanung umwelt- und sozialgerecht ausrichten

Wie bereits von den Vorrednern angesprochen, sind die Raum- und Mobilitätsansprüche der in der Schweiz lebenden Bevölkerung stark gestiegen. Die Folgen sind ein höherer Energie und Ressourcenverbrauch allerdings auch hier mit grossen sozialen Unterschieden (gestiegenes Wohlstandsniveau, individuelle Lebensgestaltung, Abnahme Haushaltsgrösse aufgrund Alterung der Bevölkerung, veränderte Formen des Zusammenlebens, vermehrte Einpersonenhaushalte).

2.3 Personenfreizügigkeit weiterführen und das Potenzial im Inland mehr nutzen

Im ersten Teil der Konferenz haben ihnen mehrere Vortragende die wirtschaftliche Bedeutung der Migration für die Schweiz verdeutlicht. Die Volkswirtschaft der Schweiz ist auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen und profitiert von ihnen. (2012 wichtigste Berufsgruppen: Gastgewerbe, Hauswirtschaft, Reinigung Unternehmer/Kader, Baugewerbe, Industrie, Forschung und Entwicklung, Landwirtschaft, Gesundheits- und Sozialwesen).

Neben der unbestrittenen Bedeutung von zugewanderten Arbeitskräften könnte aber auch das Potential der bereits in der Schweiz sesshaften Bevölkerung wesentlich besser genutzt werden. Zum Beispiel:

-> Berufliche Rahmenbedingungen für Frauen verbessern

Neben bedarfsgerechten Aus- und Weiterbildungen für z.B. erwerbslose Jugendliche und nichterwerbstätige Erwachsene ohne Berufsbildung müssen allgemein berufliche Rahmenbedingungen für Frauen verbessert werden.

Es befinden sich zwar 76 % der Frauen im Arbeitsprozess aber 60 % davon arbeiten Teilzeit was häufig gekoppelt ist, an niedrigere Einkommen und schlechtere berufliche

Weiterentwicklungsmöglichkeiten. Neue Arbeitsmodelle für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen (z.B. flexiblere Auszeiten für Familie) und z.B. bezahlbare und besser zugängliche familienexterne Betreuungen wären hier wichtige Schritte um die Rahmenbedingungen zu verbessern.

-> Diploma und Bildungsleistungen von Migrierenden anerkennen

In der Schweiz gibt es ca. 50.000 Migranten und Migrantinnen die keinen Beruf ausüben können, der ihren Bildungsabschlüssen und Arbeitserfahrungen entspricht. Dies hat mit fehlenden Anerkennungen von Abschlüssen zu tun aber auch beruflichen Rahmenbedingungen die den Zugang zu Arbeit erschweren (von denen wie eben erwähnt aber auch SchweizerInnen betroffen sind, wobei sich bei MigrantInnen aufgrund z.B. fehlender familiärer Unterstützungsnetzwerke die Situation oft nochmals verstärkt).

-> Politische Teilhabe verbessern

In der Schweiz wohnhafte AusländerInnen können in den meisten Fällen politisch in ihren Herkunftsländern mitsprechen, genauso können dies AuslandsschweizerInnen in der Schweiz tun. Wie sieht es aber mit dem Mitsprachrecht von Personen mit Migrationshintergrund in der Schweiz aus. Wurden in der CH bis zum 1. Weltkrieg Zugewanderte sehr schnell in den Kreis der Einheimischen aufgenommen dauert dies heute deutlich länger (12 Jahre – in der gleichen Gemeinde/Mobilität ausgeschlossen, plus 2-3- Jahre Antragsdauer auf Staatsbürgerschaft). Rund ein Fünftel der in der Schweiz wohnhaften Bevölkerung ist von politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten ausgeschlossen (also auch Abstimmungen über Fragen des Ressourcenverbrauches wie Landschaftsschutz, Wohnungsbau etc.).

Selbst Befürwortende der Einwanderung (z.B. Unternehmen) thematisieren vor allem die wirtschaftliche und soziale Integration (über Arbeit) – das politische Mitspracherecht jedoch kaum. Könnten wir durch mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten nicht auch das Potential und Know-How von Migrierenden mehr wertschätzen und das demokratische System besser abstützen? Wird es langfristig nicht zu einem Problem, wenn ein Teil der Bevölkerung politisch nicht partizipieren kann – verliert die Schweizer Demokratie an Glaubwürdigkeit?

Auf kantonaler und kommunaler Ebene gibt es immer wieder Bestrebungen dieses politische Mitspracherecht zu verbessern (mit Erfolg in der Romandie). Aber die letzte Abstimmung in Zürich (22.9.2013) bei der die Initiative „Mehr Demokratie“ (Abstimmungsmöglichkeiten für AusländerInnen auf der lokalen Ebene im Kanton ZH), abgelehnt wurde, zeigt die breite Skepsis der Bevölkerung gegenüber mehr politischer Teilhabe. Ausgehend von der Tatsache dass sich die meisten BürgerInnen da engagieren wo sie leben und arbeiten wäre es also an der Zeit, Teilhabe am politischen System neu zu denken.

All die oben genannten Massnahmen würden der Schweiz langfristig wesentlich besser dienen, als eine kurzfristige numerische Begrenzung der Migration.

3, Teil „Einfluss Umwelt auf Migration“

Habe ich im ersten Teil die Frage gestellt, inwiefern sich Zuwanderung auf Umwelt auswirkt, möchte ich im zweiten Teil des Vortrages die Frage andersherum stellen, welchen Einfluss Umweltveränderungen auf Migration haben kann. Bevölkerungsdruck und Umweltprobleme können Gründe sein zu migrieren. Aber auch hier gilt es die Black Box „Umwelt“ zu öffnen. Es lohnt sich wiederum der Blick über die Frage von Zugang, Nutzungsmöglichkeiten oder wer mit welchen Kapitalien/Ressourcen ausgestattet ist und wer welche Möglichkeiten hat in (Umwelt)-Stresssituationen zu agieren (siehe auch Akademien der Wissenschaften Schweiz, 2013):

Umweltfaktoren allein lösen selten Migration aus. Migrationsgründe und -entscheidungen sind eingebettet in ökonomische, soziale, politische Kontexte. Eine Umweltkatastrophe bzw. Umweltveränderungen (Verstärkung Starkwetterregionen, Verschlimmerung Dürren, Meeresspiegelanstieg, Erdbeben) können dann ein Auslöser sein. Diese Kontexte sind häufig sehr eng miteinander verknüpft, und es ist nicht ausreichend, diese Faktoren isoliert voneinander zu betrachten. Nur wenige Umweltereignisse führen von allein zwangsläufig zu Migration – meistens gibt es Strategien der Anpassung und Milderung – dies ist aber eben eine Frage der Ressourcen (z.B. Dämme bauen, erdbebensicher bauen, effizientere Anbauweisen). Das Konzept des „Klimaflüchtlings-/migrantIn“ kann aus der Forschung heraus also nicht so stehengelassen werden – sondern man muss sich fragen, wie es zu dieser Stresssituation gekommen ist und welche Möglichkeiten die Betroffenen haben mit diesen Stresssituationen umzugehen oder nicht.

Was aber eine Tatsache ist, dass Naturkatastrophen und Umweltveränderungen eine ohnehin verletzte Bevölkerung noch verletzlicher machen kann. Zum einen können Umweltveränderungen (z.B. Dürre, Überschwemmung des Landes) die natürlichen Ressourcen rauben, mit denen man flüchten könnte oder es hindert Menschen daran, weit genug zu migrieren/an Orte, die ihnen langfristig Sicherheit geben (z.B. durch Landverkauf genug Finanzkapital um zu migrieren). Ein Grossteil der weltweiten Migration ist innerhalb der Länder und regional. Zum Bsp. viele städtische Regionen in Küstenregionen die durch Klimawandel besonders bedroht sind, sind auch Ziele der Zuwanderung, so dass sich die Verletzlichkeit dieser Region verstärkt.

Wenn wir also von „umweltbedingter“ Migration sprechen, migriert diese betroffene Bevölkerung nicht/sehr selten in die Schweiz sondern bleibt meistens im Land selber oder innerhalb der Region. Selbst wenn es in Entwicklungsländern zu grossen Umwelterstörungen kommt, wird das Asylwesen der Schweiz also nur geringfügig betroffen sein (entgegen manchen populistischen „Horror szenarien“ von Klimaflüchtlings in die CH).

Relevant ist dieses Problem für die CH trotzdem –

- 1., zum einen aus den im ersten Teil besprochenen Gründen, dass wir anerkennen müssen, dass wir in EINER Welt leben und Fragen von Ressourcenverbrauch nicht an nationalen Grenzen haltmachen und wir einen grossen Teil Verantwortung für einen extensiven Ressourcenverbrauch zu tragen haben, und
- 2., beeinflusst diese Tatsache auch das internationale Engagement der CH wie z.B.

a, Positionierung der CH international in Debatten um Nachhaltigkeit

Z.B. Schweizer Position zur Agenda Nachhaltiger Entwicklung post-2015 – sehr deutliches Bekenntnis zur Respektierung der begrenzten Ressourcen der Erde und der Verantwortung für alle Staaten - auch die Schweiz – und demnach zu handeln (z.B. Ernährungssicherheit und –qualität für alle durch nachhaltige Agrar- Nahrungsmittelsystem oder Zugang zu nachhaltiger Energieversorgung für alle, nachhaltiger Konsum und Produktion)

b, die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit

Umweltveränderungen zeigen sich in den Schwerpunktländern/regionen der Entwicklungszusammenarbeit teilweise unterschiedlich (siehe Factsheet 2013).

Grundsätzlich werden aber extreme Wetterereignisse häufiger und heftiger und Notsituationen nehmen zu. Doch die darauf folgenden Wanderungen sind in der Regel temporär und erfolgen über kurze Distanzen. Die Herausforderungen für die Schweiz liegen also vor allem in der Hilfe vor Ort wie beispielsweise der Katastrophenhilfe, dem Wiederaufbau oder in der Unterstützung lokaler Anpassungsmaßnahmen.

Hier auch noch ein Wort zu den im Kontext von Fragen zur Tragfähigkeit der Erde gebrachten Argument, dass man durch Familienplanung Bevölkerungswachstum eindämmen sollte, um somit den Ressourcenverbrauch einzuschränken (z.B. Ecopop fordert „Der Bund investiert mindestens 10 Prozent seiner in die internationale Entwicklungszusammenarbeit fließenden Mittel in Massnahmen zur Förderung der freiwilligen Familienplanung.“)

Wenn wir wie von mir angesprochen „UMWELT“ differenzierter betrachten dann sehen wir auch, dass ein alleiniger Fokus auf Familienplanung Bevölkerungswachstum nicht einschränken wird und strukturelle Probleme nicht hinterfragt.

Eine nachhaltigere Antwort wäre auch hier – wie sie in der Entwicklungszusammenarbeit breit anerkannt ist (z.B. Caritas Positionspapier 2013):

- Die Stellung der Frau stärken
- den Gesundheitssektor
- in Bildung investieren
- Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen
- soziale Sicherheit schaffen

Schluss

Argumente für Einwanderung (Arbeitskräfte für die CH) oder gegen Einwanderung (Zuwanderung Schuld an Umweltbelastungen) haben wenn sie sich nur auf Einwanderung beschränken eine stark auf nationale Grenzen limitierte Sichtweise auf eigentlich globale Probleme. Gerade Umweltprozesse sind nicht an nationalstaatliche Grenzen gebunden. Ob der Ressourcenverbrauch dies- oder jenseits der Grenze passiert, hat auf den ökologischen Fussabdruck und auf die natürliche Umwelt selbst wenig Einfluss. Es stellen sich aber Fragen sozialer Gerechtigkeit und wer dann am stärksten von Umweltveränderungen betroffen ist und wie damit umgehen kann.

Migration ändert die Bevölkerungszahl nicht, sie verschiebt sich nur. Eine Problematik von Migration oder Bevölkerungswachstum funktioniert nur, wenn der Blick dem Imperativ des methodologischen Nationalismus folgt, und Verbindungen mit der Welt ausserhalb der nationalen Grenzen ungenügend betrachtet werden. Ein Bsp. dafür sind die Debatten um das „illegitime“ Bevölkerungswachstum durch Migration aber

das „legitime“ Bevölkerungswachstum durch Steigerung der Fertilität im eigenen Land. Der Effekt für die Umwelt wäre bei beiden Varianten gleich.

Gesellschaftlicher Wandel bedarf auch immer eine Auseinandersetzung mit Unbekanntem und Widersprüchlichen. Wenn dies Verunsicherung auslöst, wird schnell auf Vorurteile, Stereotypen und vermeintliche Sicherheiten und einfache Lösungen zurückgegriffen – Schuld an der Zerstörung von Landschaft und Natur sind dann z.B. MigrantInnen. In einer seriös geführten Debatte muss es um Lebensstile, Neuregelungen von Mobilität, Arbeit, Märkte und Siedlungsstrukturen gehen.

Referenzen:

- Akademien der Wissenschaften Schweiz (2013): Factsheet: Umweltveränderungen und Migration in Entwicklungsländern. KFPE/Proclim. Bern.
- Black, R., S. R. G. Bennett, S. M. Thomas & J. R. Beddington (2011): Climate change: Migration as adaptation. *Nature* 478: 447–449.
- Bundesamt für Statistik: bfs.ch (Oktober 2013)
- CARITAS Schweiz (2013): Bevölkerungspolitik auf Irrwegen Caritas zur Initiative «Stopp der Überbevölkerung» von Ecopop. Positionspapier August 2013.
- Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA (2013): Schweizer Position zur Agenda für eine Nachhaltige Entwicklung post-2015. Stand: Juni 2013 (Bundesratsbeschluss 26.06.2013)
- Steiner I., Watkins A. & D'Amato G. (2013): Demographie, Ressourcen und die Bedeutung der Migration. EKM. Bern.
- Foresight (2011) Migration and Global Environmental Change – Future Challenges and Opportunities (Final Project Report). London: Government Office for Science.
- Knox, P.; Marston, S.; Wastl-Walter, D.; Meusbürger, P. und GEBHARD, H. (eds.) (2008): Humangeographie. Spektrum Verlag, Heidelberg.
- Schweizerische Eidgenossenschaft (2013): Demographie und Migration. Themenheft Terra Cognita. Herbst 23/2013.